Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

10.02.2023

Expertise der Freien Wohlfahrtspflege einbinden!

Anlässlich des Bund-Länder-Gipfels zur Verbesserung der Unterbringungssituation von Geflüchteten erhofft sich die BAGFW konstruktive Ideen, die auch den Bedürfnissen der Geflüchteten gerecht werden. Die Expertise der Freien Wohlfahrtspflege muss dafür dringend mit eingebunden werden.

Sowohl die Kommunen als auch die Träger, die die Unterbringung von Geflüchteten in ihrem Auftrag organisieren, stehen derzeit zunehmend unter Druck. Der von Bundesinnenministerin Faeser anberaumte Bund-Länder-Gipfel zur Unterbringung von Geflüchteten könnte hier konkrete Lösungen entwickeln. Michael Groß, Präsident der BAGFW, dazu: „Bei diesem Treffen darf die Expertise der Freien Wohlfahrtspflege nicht

vergessen werden. Ihre Einrichtungen und Dienste spielen bei der Unterbringung – neben den Kommunen – die zentrale operative Rolle. In der vergleichbar herausfordernden Zeit 2015/2016 hat die Freie Wohlfahrtspflege ihre Problemlösungskompetenz in diesen Fragen unter Beweis gestellt. Die dabei gesammelten praktischen Erfahrungen und das entsprechende Expert*innenwissen fließen bis heute in die tägliche Arbeit ein, die vielfältige Resonanz und Anerkennung erfährt."

Die Wohlfahrtsverbände unterhalten in allen Bundesländern Einrichtungen und Dienste für Geflüchtete, darunter zahlreiche Wohnunterkünfte, Geflüchtetenprojekte zur Integration im Arbeitsmarkt, Beratungs- und Betreuungsprojekte und Beratungsstellen und die sogenannten Migrationsfachdienste, die Migrant*innen aus vielen Herkunftsländern bundesweit unterstützen.

Diese Einrichtungen und Dienste benötigen eine auskömmliche nachhaltige Finanzierung und vor allem gute Förderrichtlinien, die in Zeiten des Fachkräfte-mangels erlauben, die dringend nötigen qualifizierten Fachkräfte zu finden.

„Träger von Geflüchteten-Unterkünften brauchen stabile finanzielle Rahmen-bedingungen, um gute Arbeit zu leisten und humane Unterbringungssituationen zu schaffen", so Michael Groß, „Der geplante Gipfel sollte ein Anstoß sein, sich auch vor Ort mit allen Akteur*innen zusammenzusetzen. Alle bisherigen gesammelten praktischen Erfahrungen sollten von Beginn an bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen Berücksichtigung finden."

Dateien

Pressemeldung 218 KB

Zum Seitenanfang